Scheidungen über das Erziehungsrecht und den Unterhalt für das Kind beschränkt ist. Der Antrag hatte Erfolg.

Aus den G r ü n d e n :

Das Stadtbezirksgericht hat sich nicht hinreichend mit den besonderen Problemen befaßt, die sich in der Rechtsprechung ergeben können, wenn, wie in diesem Verfahren, Bürger eines anderen Staates am Prozeß beteiligt sind. In diesen Fällen hat das Gericht als Organ des sozialistischen Staates die besondere Verantwortung, auf eine zutreffende Rechtsanwendung zu achten und die Interessen anderer Staaten und ihrer Bürger gewissenhaft zu wahren. Es ist deshalb unerlässlich, daß sich das Gericht in derartigen Verfahren neben der Frage, ob es überhaupt für die Entscheidung des Rechtsstreits zuständig ist, eingehend damit befaßt, nach welchen Rechtsvorschriften zu entscheiden ist und welche Konsequenzen sich daraus ergeben.

Das Stadtbezirksgericht hat diese Problematik auch zum Teil erkannt. So ist es im Hinblick auf seine Zuständigkeit für das Eheverfahren und die Rechtsanwendung zur Ehescheidung zu einem zutreffenden Ergebnis gelangt. Es hat sich auch mit dem Erziehungsrecht und dem Unterhalt für das Kind befaßt. Insoweit ist es, wenn auch ohne besondere Begründung, vermutlich davon ausgegangen, daß aus der Zuständigkeit eines Gerichts der DDR zugleich folgt, daß für das gesamte Verfahren das Prozeßrecht der DDR anzuwenden ist (vgl. FGB-Kommentar, 4. Aufl., Berlin 1973, Vorbem. 5 vor § 15 EGFB [S. 397]). Demzufolge waren in Verbindung mit der Ehescheidung gemäß § 18 Abs. 1 FVerfO gleichzeitig die Fragen zu klären, die die Ausübung des elterlichen Erziehungsrechts und den Unterhalt für das Kind betreffen.

Allein aus der Anwendung des Prozeßrechts der DDR folgt jedoch nicht, daß auch das materielle Recht der DDR zugrunde zu legen ist. Insoweit wäre es erforderlich gewesen, die damit verbundenen Rechtsfragen gründlicher zu prüfen. Wäre das geschehen, wäre das Stadtbezirksgericht zu folgenden Ergebnissen gelangt:

Der Rechtshilfevertrag zwischen der DDR und der UdSSR enthält keine Bestimmungen darüber, welches Recht auf die Rechtsbeziehungen zwischen Eltern und ehelichen Kindern anzuwenden ist. Demzufolge ist nach dem internationalen Familienrecht der DDR zu prüfen, welches Recht für diese Verhältnisse in Frage kommt. Nach § 19 EGFB ist für die Rechtsbeziehungen zwischen Eltern und Kindern das Recht des Staates anzuwenden, dem das Kind angehört. Da das Kind der Parteien die Staatsbürgerschaft der UdSSR hat, war folglich für die Entscheidungen über das Erziehungsrecht und den Unterhalt — entgegen der Entscheidung des Stadtbezirksgerichts — nicht das Recht der DDR, sondern das der UdSSR anzuwenden. Da das nicht geschehen ist, verletzt die Entscheidung des Stadtbezirksgerichts § 19 EGFB.

Es ist deshalb erforderlich, daß das Stadtbezirksgericht über die Rechtsbeziehungen zwischen Vater und Kind nochmals entscheidet. Hierbei wird es nach dem Gesetzbuch über Ehe und Familie der RSFSR vom 30. Juli 1969 zu entscheiden haben (Familiengesetze sozialistischer Länder, Berlin 1971, S. 31 ff.).

Dabei wird zu beachten sein, daß das sowjetische Familienrecht keine Übertragung des Erziehungsrechts vorsieht. Vielmehr ist nur darüber zu entscheiden, bei welchem Elternteil das Kind nach der Ehescheidung wohnen soll (Art. 34, 55 und 56 des Gesetzbuchs über die Ehe und Familie der RSFSR). Diese Entscheidung ist nach dem Beschluß Nr. 10 des Plenums des Obersten Gerichts der UdSSR vom 4. Dezember 1969 über die Anwendung der Grundlagen für die Ehe- und Familiengesetzgebung

der UdSSR und der Unionsrepubliken durch die Gerichte (Ziff. 10) nur zu treffen, wenn ein Antrag eines oder beider Ehegatten vorliegt oder wenn das Gericht diese Entscheidung im Interesse des Schutzes der Rechte der minderjährigen Kinder als notwendig erachtet (Bulletin des Obersten Gerichts der UdSSR 1970, Nr. 1, S. 10 ff. [russ.]).

Da der Kläger beantragt hatte, der Verklagten das Erziehungsrecht zu übertragen, sollte das Stadtbezirksgericht diesen Antrag im Sinne der angeführten Bestimmung der RSFSR betrachten. Nachdem das Kind von klein auf bei der Verklagten lebt, dürfte es darüber hinaus auch aus diesem Grunde geboten sein, für die Zukunft eine Regelung zu treffen, die die bisherigen Erziehungs- und Lebensverhältnisse bestehen läßt.

Hinsichtlich des Unterhalts für das Kind wird das Stadtbezirksgericht zu beachten haben, daß nach Art. 68 des Gesetzbuchs über die Ehe und Familie der RSFSR für ein Kind ein Viertel des Arbeitseinkommens als Unterhalt zu zahlen ist.

Nachdem der Kläger im Kassationsverfahren mitgeteilt hat, daß er inzwischen ein weiteres Kind zu unterhalten hat, wird der für beide Kinder zu zahlende Betrag nach der angeführten Regelung vom Zeitpunkt der Geburt jenes Kindes mit einem Drittel zu bestimmen sein.

Die Quoten von einem Viertel bzw. einem Drittel sind nach sowjetischem Recht vom Nettoeinkommen zu bemessen. Da die Verwirklichung der Unterhaltsentscheidung in der DDR zu erfolgen hat und demzufolge für den Fall einer nicht freiwilligen Zahlung deren Vollstreckungsrecht als Teil des Prozeßrechts anzuwenden wäre, empfiehlt es sich, daß das Stadtbezirksgericht den Unterhaltsbetrag nicht nach Bruchteilen, sondern der Höhe nach angibt. Die Bestimmung des Unterhalts in einem festen Geldbetrag, die auch nach sowjetischem Recht unter gewissen Voraussetzungen vorgesehen ist (vgl. Art. 71 des Gesetzbuchs über die Ehe und Familie der RSFSR), liegt in diesem Verfahren zugleich im Interesse der Beteiligten.

Aus den angeführten Gründen war das Urteil des Stadtbezirksgerichts wegen Verletzung von § 19 EGFB aufzuheben. Da sich in der Zwischenzeit die für die Unterhaltsbemessung maßgeblichen Verhältnisse des Klägers verändert haben und deshalb eine weitere Prüfung erforderlich ist, war von einer Selbstentscheidung abzusehen. Die Aufhebung des Urteils und die Zurückverweisung an das Stadtbezirksgericht folgen aus § 11 Abs. 1 ÄEG i. V. m. entsprechender Anwendung der §§ 564, 565 Abs. 1 ZPO.

Arbeitsrecht

§ 116 GBA.

1. Die Verpflichtung eines Werk tätigen, während der Dauer eines Arbeitsrechtsstreits über die Berechtigung einer ihn betreffenden Kündigung oder fristlosen Entlassung einer ihm zumutbaren Arbeit nachzugehen, beruht auf gesellschaftlichen Erfordernissen, berücksichtigt aber auch die persönlichen Interessen des Werk tätigen selbst. Der Werk tätige bleibt damit u. a. bei einem für ihn ungünstigen Ausgang des Rechtsstreits weitestgehend vor finanziellen Verlusten bewahrt.

2. In der Weigerung eines Werk tätigen, nach fristloser Entlassung das Angebot seines früheren Betriebes zum Abschluß eines neuen Arbeitsvertrags anzunehmen, kann eine vorwerfbare, mit Auswirkungen auf seine Schadenersatzansprüche gegen den Betrieb im Falle der Unwirksamkeit der fristlosen Entlassung verbundene Zurückhaltung ihm zumutbarer Arbeitsleistung liegen. Das gilt insbesondere dann, wenn das Angebot seiner